

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 26.10.2009

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:33 Uhr - 19:20 Uhr

Vorsitz: Bürgermeisterin Petra Wessler

Beschlussfähigkeit

Soll: 9 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 8 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Hans-Peter Lohse Fraktion FDP Krankheit

Verspätetes Erscheinen

Herr Falk Ulbrich CDU-Ratsfraktion TOP 3.1, 16:35 Uhr dienstlich

Stadtratsmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler SPD-Fraktion
Herr Tino Fritzsche CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. Dieter Füsslein Fraktion FDP
Herr Klaus Möstl SPD-Fraktion
Herr Thomas Scherzberg Fraktion DIE LINKE
Frau Verona Schinkitz Fraktion DIE LINKE
Herr Volkmar Zschocke Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellv. Ausschussmitglied

Herr Bernd Reinshagen Fraktion FDP i. V. für Herrn Lohse

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop Amtsleiter Amt 61
Herr Bernd Gregorzyk Amtsleiter Amt 66
Frau Carina Kühnel Abteilungsleiterin Abt. 36.1
Herr Christian Pilz Abteilungsleiter Abt. 61.4
Frau Grit Stillger Leiterin Abt. 60.3

weitere Stadtratsmitglieder

Herr Wolfgang Kraneis SDP-Fraktion
Herr Thomas Lehmann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab TOP 3.1 18:46 Uhr

Schriftführerin

Frau Isabel Antkowiak Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Bürgermeisterin Wessler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und des anwesenden Stellvertreters bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Beschlussvorlage an den Stadtrat
-

- 3.1 Beschluss zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept - Chemnitz 2020
Vorlage: B-181/2009 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Frau Bürgermeisterin Wessler führt ein, dass aufgrund der umfangreichen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, CDU-Ratsfraktion und Fraktion FDP die Vorlage B-181/2009 in den Planungs- und Umweltausschuss zurückverwiesen wurde. Sie schlägt vor, den Einreichern Gelegenheit zur Vorstellung der Änderungsanträge zu geben. Danach werde die Verwaltung Stellung beziehen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) nimmt zum Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE Stellung. Er sagt, die Prioritätensetzung der Entwicklung liege auf innerstädtischen Stadtteilen. Die Verwaltung könne dem Änderungsantrag nicht zustimmen und schlage eine neue Formulierung vor. Sofern dem Gegenvorschlag der Verwaltung nicht gefolgt werden könne, merkt er an, dass das Gründerzeitviertel nicht komplett unter Denkmalschutz stehe.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die Alternativformulierung der Verwaltung auf einem Konzept basiere, welches nicht zur Beschlussfassung stehe.

Frau Bürgermeisterin Wessler erklärt, dass der Ausdruck „denkmalgeschützte Kerne der Gründerzeitviertel“ nur auf den Kaßberg zutreffe. Sie sehe den größten Unterschied zwischen dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und dem Vorschlag der Verwaltung in dem Ausdruck „gleichberechtigte Entwicklung“.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) trägt die Auffassung von Frau Wessler zum Gründerzeitviertel mit.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) hebt hervor, dass kein Stadtteil gegen den anderen gestellt werde. Wenn man dem Gedanken der Gleichberechtigung der Stadtteile folge, benötige man den Punkt 1 des Änderungsantrages nicht.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) schlägt vor, den Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE um die Worte „Handel und Kultur“ zu ergänzen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) kritisiert den Ausdruck „intelligente Vernetzung“ im Punkt 2 des Änderungsantrages und schlägt vor, diesen durch „Vernetzung“ oder „räumlich funktionelle Vernetzung“ zu ersetzen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) nimmt die Änderung in „räumlich funktionelle Vernetzung“ sowie die Worte „Handel und Kultur“ in den Änderungsantrag auf. Damit lautet der Punkt 2 des Änderungsantrages wie folgt:

integrierte Entwicklung der Stadtteile mit einer räumlich funktionellen Vernetzung als Basis nachhaltiger Stadtstruktur, Priorität der Entwicklung des Stadtzentrums in Einheit von Wohnen, Erholen, Arbeit, Handel und Kultur

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) sagt, dass die Verwaltung zu den anderen drei Punkten des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE nichts einzuwenden habe.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) bemerkt, dass in der Anlage 3, Seite 99 ein ganzer Punkt zur Entwicklung von kleingärtnerischen Gebieten aufgeführt sei.

Zum Vorschlag der Streichung des Punktes 1 gibt **Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** zu bedenken, dass damit die gleichberechtigte Nennung der Stadtteile herausfalle.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) ändert den Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE wie folgt:

Der städtebauliche Leitgedanke für "Chemnitz 2020" basiert auf einer ausgewogenen Entwicklung der Siedlungsschwerpunkte des Geschoßwohnungsbaus, des weitgehenden Erhalts der durch eine Vielzahl denkmalgeschützter Gebäude geprägten Kerne der Gründerzeitviertel und einer maßvollen Entwicklung des Siedlungswohnungsbaus unterstützend durch das Grünkonzept und umwelt- und klimaspezifische Themen.

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den geänderten **Punkt 1** des Änderungsantrages der Fraktion die LINKE **mehrheitlich** (1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen), den geänderten **Punkt 2 einstimmig** (1 Enthaltung) sowie die **Punkte 3 bis 5 einstimmig** (1 Enthaltung) zur Beschlussfassung im Stadtrat.

Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion wurde bereits in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vorgestellt.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) empfiehlt aus Sicht der Verwaltung dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, da dringender Handlungsbedarf bei der Anpassung der Stadtstruktur und des Wohnungsbestandes bestehe. Außerdem gebe es unterschiedliche Handlungsabsichten der einzelnen Eigentümer.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisiert, dass die Stadtentwicklung in den Wohngebieten Markersdorf und Hutholz nicht vom Stadtrat sondern von den Unternehmen definiert werde. Man könne nicht von einer Stadtsteuerung sprechen. Er stellt die Frage, wieso eine detailscharfe Einordnung in die Gebietskategorien nicht möglich sei, obwohl man die Unternehmenskonzepte kenne.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) möchte wissen, wieso man die Gebiete nicht als zukunftsfähige Wohngebiete mit individuellem Rückbau ausweisen könne.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) sagt, dass die GGG nicht bereit sei, objekt-konkrete Aussagen zum perspektivischen Rückbau zu treffen.

Frau Stillger (Leiterin Abt. 60.3) fügt hinzu, dass es kein mit beiden Unternehmen abgestimmtes Konzept gebe.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt, dass die von den Stadträten vorgenommene Steuerung durch die Gebietsausweisung abgedeckt werde. Sie bittet um Darlegung der Steuerungsmöglichkeit durch den von der Verwaltung eingebrachten Vorschlag.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) verweist auf die Anlage 3, Tabelle 31, Seite 161 der Vorlage. Man benötige sowohl für das konsolidierungsfähige Gebiet des Geschosswohnbaus/Erhalt im Einzelfall als auch für das konsolidierungsfähige Gebiet des Geschosswohnbaus/Auflockerung abgestimmte Konzepte.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** nach dem Grund der Notwendigkeit der Zusätze Erhalt oder Auflockerung antwortet **Herr Pilz (Abteilungsleiter Amt 61.4)**, dass es sich um eine zusätzliche Differenzierung der Stadt Chemnitz handelt. Diese sei förderteknisch unschädlich.

Frau Stillger (Leiterin Abt. 60.3) fügt hinzu, dass der Freistaat Sachsen SAB-Förderdarlehen vorbehaltlich einer am Wohnungsbestand gemessenen Gemeindebestätigung gewährt. Für die Praxis heißt das, dass die Gemeindebestätigung grundsätzlich immer bei konsolidierungsfähigen Gebieten des Geschosswohnbaus/Erhalt erteilt werde. Bei konsolidierungsfähigen Gebieten des Geschosswohnbaus/Auflockerung werde die Gemeindebestätigung nur auf Grundlage eines abgestimmten Konzeptes erteilt.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Faktion FDP) sagt, dass der Punkt 7 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion auf dieselbe Problematik abziele und begründet diesen Punkt.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass mit den Zusätzen Erhalt oder Auflockerung kein zusätzlicher Handlungsspielraum geschaffen werde.

Frau Bürgermeisterin Wesseler möchte vom Einreicher wissen, wieso die Gebiete Markersdorf und Hutholz nicht differenziert wurden.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass der Änderungsantrag mit der derzeitigen Formulierung aufrechterhalten werde, wenn die Verwaltung bei ihrer selbst gewählten Untergliederung bleibe.

Frau Stillger (Leiterin Abt. 60.3) bittet dem Änderungsantrag im Stadtrat nicht zuzustimmen und begründet dies.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) kritisiert, dass die Verwaltung die Stellungnahme von Frau Stillger nicht eher den Stadträten zur Verfügung gestellt habe.

Frau Bürgermeisterin Wessler sichert die Ausreichung dieser Stellungnahme am 27.10.2009 zu.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die CDU-Ratsfraktion den Punkt 2 ihres Änderungsantrages noch einmal überdenken und nur den Punkt 1 zur Abstimmung über die Empfehlung an den Stadtrat stellen werde.

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den **Punkt 1** des Änderungsantrages der CDU-Ratsfraktion **einstimmig** zur Beschlussfassung im Stadtrat.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stellt den Änderungsantrag der Fraktion FDP vor. Der Punkt 7 des Änderungsantrages werde zurückgezogen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) bemerkt, dass im Änderungsantrag viele Dinge auf dem Punkt gebracht wurden, die in der Vorlage nur ansatzweise enthalten sein. Nachfolgend gibt er zu den einzelnen Punkten des Änderungsantrages der Fraktion FDP folgende Hinweise und Anmerkungen:

- zu Punkt 1: Er würde das Wort preiswert weglassen.
- zu Punkt 3: Das Prozedere solle noch einmal genau überdacht werden.
- zu Punkt 4: Dieser Punkt sollte strukturierter dargestellt werden.
- zu Punkt 5: Er könne sich gut vorstellen, dass die Entwicklungsprogramme stadtteilübergreifend gestaltet werden.
- zu Punkt 6: Er halte diesen Punkt für dringend notwendig und unterstützenswert.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) nimmt zum Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion FDP Stellung. Er sagt, dass die Möglichkeit des Aufstellens von Erhaltungssatzungen bestehe.

Die Bedenken von **Herrn Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** der Kollision der Erhaltungssatzungen mit dem Rahmenplan 2005 räumt **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** aus, da eine Überlagerung beider möglich sei.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, dass die Verwaltung dem Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion FDP zustimme.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der Punkt 2 zu unterstützen sei. Allerdings komme dieses Steuerungsinstrument 15 Jahre zu spät.

Zum Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP sagt **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass einige verwendete Begriffe nicht juristisch definiert sein. Des Weiteren sei die Thematik der Abbrüche durch die SächsBO geregelt, so dass ein politisches Gremium dies nicht entscheiden könne. Er schlägt vor, nur für bestimmte Gebäudetypen Vorlagen hinsichtlich der Förderung zu erarbeiten.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass das SEKo nur verabschiedet werden könne, wenn der Stadtrat über das Thema Abriss informiert werde. Dazu schlägt er eine Vorlage vor, die jeweils ein Foto enthalte und den Zustand des Hauses beschreibe.

Frau Stillger (Leiterin Abt. 60.3) erläutert die Entwicklung der Fördergrundsätze des Freistaates Sachsen anhand einer Folie. Sie gibt zu bedenken, dass die Aufnahme jedes Abbruchhauses in eine Vorlage sehr langwierig sei. Der Abbruch eines förderfähigen Hauses müsse schnell vollzogen werden.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützt den Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP. Allerdings sei das Verfahren zu überdenken.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt ab wann ein Denkmal zu einer Ruine werde. Außerdem möchte er wissen, ob die untere Denkmalschutzbehörde Denkmale aufheben könne.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, dass zu Beginn der 90er Jahre vom Landesdenkmalamt Denkmallisten erstellt wurden. Der Denkmalstatus wird auch bei Zustimmung des Landesdenkmalamtes zum Abbruch nicht im Vorfeld formell aufgehoben.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) bittet die Einzelfallentscheidungen als eine Art Sammelnachweis vorzulegen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) gibt zu bedenken, dass man sich nicht über die Gesetzmäßigkeit hinweg setzen könne. Außerdem sehe er solche Entscheidungen beim Kuratorium Stadtgestaltung angesiedelt. Ihm sei das konkrete Prozedere noch nicht klar und bittet daher um bilaterale Abstimmung der Fraktion FDP mit der Verwaltung.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, er werde den Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP noch einmal bilateral abstimmen.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) gibt zum Punkt 4 des Änderungsantrages der Fraktion FDP zu bedenken, dass die Einrichtung eines Fonds konkret im Rahmen der Haushaltsdebatte aufgenommen werden müsse. Das SEKo selbst habe nicht die Möglichkeit des Eingriffs in den Haushaltsplan der Stadt Chemnitz.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) informiert, dass er in Vorbereitung auf den Fonds ein Gespräch mit dem Bürgermeister Herrn Nonnen hatte. Herr Nonnen habe gesagt, dass der Fonds entweder durch den Verkauf städtischer Grundstücke oder durch städtische Beteiligungen finanziert werden könne.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) findet, dass die Einrichtung eines Fonds über die Vorlage hinausgehe. Er rät der Fraktion FDP einen Beschlussantrag in den Stadtrat einzubringen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sieht die Aufgabe bei der Verwaltung, die auch eine Deckungsquelle benennen müsse.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) schließt sich dem Gedanken von Herrn Scherzberg an. Er bittet um Prüfung der Nutzung des Instrumentes der Umlegung.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) würde ebenfalls den Fonds aus dem Änderungsantrag herauslösen. Das Thema Fonds könne dann im Verwaltungs- und Finanzausschuss mit Vertretern aus dem Liegenschaftsamt beraten werden.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Füsslein und begründet dies.

Herr Pilz (Abteilungsleiter Abt. 61.4) verweist auf den Fonds als Instrument auf kommunaler Ebene, welcher in der Anlage 3, Seite 167 der Vorlage aufgeführt sei. Dazu gebe es bereits einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) regt zum Punkt 5 des Änderungsantrages der Fraktion FDP an als stadtteilübergreifende Bereiche, die in der Vorlage auf Anlage 3, Seite 26 dargestellten 12 SEKo-Gebietseinteilungen oder analog die acht Versammlungsgebiete der Einwohnerversammlungen zu nutzen. Als Termin der Entwurfsfassung schlägt er den 30.10.2010 vor.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ist mit diesen Vorschlägen einverstanden und ändert dahingehend den Punkt 5 des Änderungsantrages.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, dass die Verwaltung mit dem Punkt 6 des Änderungsantrages der Fraktion FDP einverstanden sei. Problematisch sei jedoch der Termin. Er halte den 30.10.2010 als realistischer.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) sieht die Zietenstraße auch als wichtigen Straßenzug.

Herr Stadtrat Zschocke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, man müsse die Strategie des Rückzuges der Wohnfunktion an den Hauptverkehrsstraßen noch einmal überdenken.

Frau Bürgermeisterin Wesseler stimmt zu, dass man gestalterische Konzepte entlang der Einfallstraßen entwickeln müsse. Sie bittet um bilaterale Abstimmung bezüglich des im Punkt 5 genannten Termins.

Auf Hinweis von **Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** wird der Punkt 1 des Änderungsantrages wie folgt geändert:

Für das Stadtzentrum (Innerer Ring, Bahnhofstraße, Straße der Nationen, Müllerstr., Theaterstr., Falkeplatz und die angrenzenden Bereiche) sind Erhaltungssatzungen vorzubereiten, damit innerstädtische Strukturen erhalten und diese Gebiete als Erhaltungs- und Verdichtungsräume ausgewiesen werden. Dabei ist dem breiten **Angebot** an attraktiven innerstädtischen Wohnraum hohe Bedeutung beizumessen (Wohnen in der City).

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den **geänderten Punkt 1 und den Punkt 2** des Änderungsantrages der Fraktion FDP **einstimmig** (2 Enthaltungen) zur Beschlussfassung im Stadtrat.

Über den **Punkt 3 und 4** erfolgte **keine Abstimmung** im Planungs- und Umweltausschuss.

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den **geänderten Punkt 5** des Änderungsantrages der Fraktion FDP **einstimmig** (1 Enthaltung) zur Beschlussfassung im Stadtrat.

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den **Punkt 6 ohne den gesetzten Termin** des Änderungsantrages der Fraktion FDP **einstimmig** zur Beschlussfassung im Stadtrat.

In der Sitzung wurde ein Änderungsantrag zur Beschlussvorlage B-181/2009 der SPD-Fraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) stellt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor. Er sagt, dass der Punkt 2 des Änderungsantrages zurückgezogen werde.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) sagt, dass ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt werden müsse, da es nicht in den Turnus der Einwohnerversammlung hineinpasst.

Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt den **Punkt 1** des Änderungsantrages der SPD-Fraktion **einstimmig** zur Beschlussfassung im Stadtrat.

Über die Beschlussvorlage B-181/2009 erfolgte **keine Abstimmung** im Planungs- und Umweltausschuss.

- 4 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden Frau **Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** und Herr **Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** bestimmt.

* * *

Frau Bürgermeisterin Wesseler schließt die Sitzung.

02.11.2009 gez. Wesseler
Datum Wesseler
 Vorsitzender
 des Ausschusses

05.11.2009 gez. Schinkitz
Datum Schinkitz
 Mitglied
 des Ausschusses

04.11.2009 gez. Dr. Füsslein
Datum Dr. Füsslein
 Mitglied
 des Ausschusses

29.11.2009 gez. Antkowiak
Datum Antkowiak
 Schriftführerin